



Pressekonferenz | Mittwoch, 2. März 2016

Sicherheitspakt neu. Mehr Sicherheit für Vorarlberg

Vertiefte Zusammenarbeit zwischen Bund und Land wird bis 2020 verlängert

mit

Landeshauptmann Markus Wallner

Bundesinnenministerin Johanna Mikl-Leitner

Landesrat Erich Schwärzler

(Sicherheitsreferent der Vorarlberger Landesregierung)

Hans-Peter Ludescher

(Landespolizeidirektor)

Sicherheitspakt neu. Mehr Sicherheit für Vorarlberg

Vertiefte Zusammenarbeit zwischen Bund und Land wird bis 2020 verlängert

Bereits 2009 hat das Land Vorarlberg mit dem Bundesministerium für Inneres eine Sicherheitspartnerschaft gegründet, um durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Lande zu steigern. Dieses Sicherheitspaket wurde im Jahr 2012 vertieft und bis 2015 verlängert. Jetzt wird es an die aktuellen Herausforderungen angepasst und für die Jahre 2016 bis 2020 neu vereinbart, kündigen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Markus Wallner bei der Unterzeichnung im Landhaus an.

"Vorarlberg ist nach wie vor eine der sichersten Regionen – wir verzeichnen die höchste Aufklärungsquote aller Bundesländer und verfügen über eine ausgezeichnete regionale Sicherheitsstruktur", betont Landeshauptmann Markus Wallner: "Damit dieses so gewohnt hohe Maß an Sicherheit gewährleistet bleibt, setzt Vorarlberg in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Organisationen gezielte Schwerpunkte." Das Land stellt das Jahr 2016 unter das Motto Sicherheit, so der Landeshauptmann.

"Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, eine zeitgemäße Organisationsstruktur sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer umfassenden Aus- und Fortbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen für die Erhaltung des hohen Maßes an Sicherheit und des Vertrauens der Bevölkerung in die Polizei", sagt Innenministerin Mikl-Leitner.

Maßnahmenbündel bis 2020

Das neue vereinbarte Sicherheitspaket umfasst zahlreiche Maßnahmen, darunter:

Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl von Polizeikräften – 200 neue Polizisten mehr für Vorarlberg: "Grundsätzlich gilt: Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit", betont Innenministerin Mikl-Leitner. Seit Jahren hat Vorarlberg die höchste Aufklärungsquote Österreichs (bis zu 60 %) bei wachsenden Herausforderungen. "Für die effiziente Arbeit der Vorarlberger Polizeidienststellen ist es entscheidend, dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung Abgänge ausgeglichen und Fehlstellen besetzt werden können und dass die Beamtinnen und Beamten eine fachlich gute Aus- und Fortbildung genießen", betont Landesrat Schwärzler. Bis Ende 2016 werden mindestens 910 Exekutiv-Planstellen eingerichtet. Innerhalb der nächsten fünf Jahre (2016-2020) sollen jährlich zumindest zwei bis drei Polizeigrundkurse mit jeweils durchschnittlich 25 Polizeischülerinnen und –schülern am Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg für das Bundesland Vorarlberg durchgeführt werden.



Mindestens **10 Kursplätze für dienstführende Polizeibeamtinnen und –beamte** im Jahr.

Internationale Zusammenarbeit: Intensive Pflege der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Polizeibehörden im Bodenseeraum und Beibehaltung der Präsenz im Grenzraum als Ausgleichsmaßnahme zum Entfall der Grenzkontrollen durch die Schengen-Vereinbarung.

Schwerpunkt Ballungsräume: In den bevölkerungsreichen Regionen (wie Rheintal, Walgau) sind die polizeilichen Herausforderungen im Bereich der Sicherheits-, Kriminal- und Verkehrspolizei am größten. Hier sind besondere Anstrengungen im personellen, organisatorischen und fachlichen Bereich erforderlich, um dies flächendeckend zu gewährleisten.

Erhaltung des EKO Cobra-West, Außenstelle Feldkirch-Gisingen, und Unterstützung der Polizeistreifen in besonderen Einsatzlagen.

Kein Gastrecht für Kriminelle: Bei Straffälligkeit von Asylwerbenden und deren Verurteilung durch Gerichte ist bei Vorliegen der Voraussetzungen eine Außerlandesbringung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen.

Unterstützung bei einer konsequenten Umsetzung des Wettengesetzes und Glücksspielgesetzes: Im Interesse des Spielerschutzes sowie einer konsequenten Umsetzung des Wetten- und Glücksspielgesetzes wird weiterhin eine bedarfsorientierte Zusammenarbeit mit der Bezirkshauptmannschaft, der Finanzpolizei und der Polizei vereinbart.

Fortsetzung der Bauoffensive: Die Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die Neuerrichtung von Polizeiinspektionen, insbesondere die **Polizeiinspektion Dornbirn** oberste Priorität. Die Detailplanungen für die PI Dornbirn sollen im Jahr 2016 erfolgen und mit dem Bau soll im Jahr 2017 begonnen werden. Weitere Projekte, die gemeinsam angestrebt werden, sind

- die Generalsanierung des Verkehrskontrollplatzes in Nüziders (A14),
- die Errichtung eines Verkehrskontrollplatzes in Lauterach (A14),
- die Errichtung einer Einsatztrainingshalle.

Errichtung eines **neuen Bootshauses** für das **Polizeiboot** am Bodensee.

Weiterhin **Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der täglichen Polizeiarbeit**, der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Bergungsaktionen.

Schwerpunkt Präventionsarbeit: Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität und Radikalisierung, bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes:

- Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren zu integrieren sind.
- Dabei ist auch die Schaffung von Anreizen für einbruchshemmende Maßnahmen im Rahmen der Wohnbauförderung des Landes vorgesehen.

Neue, moderne Kommunikationssysteme: Das Land Vorarlberg und das Bundesministerium für Inneres kommen überein, den BOS-Digitalfunk im Land Vorarlberg gemeinsam und partnerschaftlich zu errichten und zu betreiben.